

Dresdner Volkszeitung

Banffkonto: Dresden.
Kaden & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Banffkonto:
Gehr. Erbholz, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amthauptmannschaften Dresden-Pestal und Dresden-Alstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit dem wöchentlichen Preis „Rath der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nach.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 29 mm breite Komparellezeile 20 Goldpf., die 90 mm breite Stellazelle 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgeschäfte 40 Prog. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 102

Dresden, Freitag den 2. Mai 1924

35. Jahrg.

Angestellte und Sozialdemokratie

Von G. Aufhäuser

Das kapitalistische Unternehmertum ist auf der ganzen Linie zur Offensive gegen die Angestellten übergegangen. Unter dem Schlagwort „Rieder mit dem Marxismus“ hat die bürgerliche Regierung Marx-Stresemann nach dem Tifat der Arbeitgeberverbände als die Hauptaufgabe ihrer großen „Sanierungsaktion“ den gesamten gesetzlichen Angestellten schutz bis auf ein Minimum abgebaut. Inmitten der durch die Schwerindustrie systematisch unerheblich verschärften Wirtschaftskrise sind die Angestellten reichs- und länderlos gemacht worden. Ungeachtet des durchbaren Rechts und sozialen Hilfsbedürftigkeit gerade auch der Arbeiterpartei hat es die derzeitige von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten getragene Regierung abgelehnt, auch nur einen der gegen diese soziale Realität von der Sozialdemokratie eingebrachten zahlreichen Anträge zu den unsocialen Verordnungen der letzten Zeit im Reichstag zu beraten. Die brutale einseitige Unternehmenspolitik der bürgerlichen Parteien ging so weit, daß der Reichstag im Augenblick höchster politischer Spannung aufgelöst wurde, nur um einer Beratung der sozialdemokratischen Anträge zu entgehen.

Die sogenannten „Angestelltenvertreter“ im Reichstag, Herr Lambeck von der Deutschen Volkspartei, Herr Thiel von der Deutschen Volkspartei, haben zwei Jahre hindurch bedingungslos jene bürgerliche Reichstagsmehrheit unterstützt, die unter der Führung von Stinnes, Helfferich und Habenstein jeden Versuch einer rechtzeitigen Stabilisierung der deutschen Mark verhindert haben. Alle sozialdemokratischen Vorschläge zur Erfassung der Sachverste, zur Schaffung sicherer Währungsverhältnisse, zur Anpassung der Steueranpassung wurden mit Hilfe der Thiel und Lambeck niedergesunken. Dieser „Bürgerkrieg“, wie ihn die Besitzenden in Deutschland durch Steigerung der unheilvollen Inflation gegen die Lohn- und Gehaltsfänger geführt haben, hat Läufende von Angestellten an die Grenze des Hungers getrieben, er hat tödlich gewirkt.

Die Angestellten im besetzten Gebiet waren gut genug, während der Dauer des sozialen Widerstandes unbegrenzte Opfer materieller und seelischer Art zu bringen, die Angestellten im ganzen Reich müßten die Staatslasten durch die plötzlich und vollständig entrichtete Lohnsteuer tragen. Die industriellen Parteigenossen ihrer „Angestelltenvertreter“ haben inzwischen durch die Geldentwertung jedes Steuer sofort und darüber hinaus durch die Ananspruchnahme der Reichsbankdirekte der Allgemeinheit Milliardenbeträgen zum Zweck privater Devisenspekulation geraubt. Die Demokraten, die diesmal auch wieder einen Renommierangestellten auf ihre Reichsliste setzten, haben sich als die Vertretung des Bankenstaats willig unter die damalige Rettungshelferlinde begeben. Die Völkischen, die heute als „Nationalsozialisten“ geliebt werden, bei der Sozialdemokratie machen, um Angestelltenstimmung betreiben zu können, haben in der Vergangenheit jeden Staatsmann auf Leben und Tod bestimmt, der es auch nur gewagt hatte, ansatzweise einmal die Besitzenden mit Steuern zu bedrängen und die Angestellten als Steuerzahler zu entlasten. Deutschnationale und Völkische hatten jene Atmosphäre erzeugt, in der die Menschenorde an Erzberger und Rathenau verübt worden waren, weil diese beiden bürgerlichen Minister mit sozialem Einschlag es gewagt hatten, der Steuerdrückergruppe der „vaterländischen“ Geschäftsmacher Einhalt zu gebieten. Die sozialen Versprechungen der Nationalisten vor der Wahl sind heuchlerisch. Jede Schwäche der Sozialdemokratie im kommenden Reichstag wäre gleichbedeutend mit verstärkter Steuerlast der Angestellten, weiterer sozialer Abbau, mit Abwälzung der Kriegs- und Reparationslasten auf die arbeitenden Volkschichten.

Der kommende Reichstag steht vor der Aufgabe, die gesamte Sozialpolitik für Angestellte neu zu regeln. Die Verordnungen sind durch ordentliche Gesetze abzulösen. Die Angestellten sollten sich am 4. Mai daran erinnern, daß im alten Reichstag bei allen Gesetzen für den sozialen Angestellten schutz die bürgerlichen Parteien stets geschlossen gegen die Sozialdemokratie gestanden und zugunsten der Angestellten entschieden haben. Aus parteilich-politischer Erwagung hat man die fastspielige Verwaltung wie Versicherungstechnisch unehrbare Angestelltenversicherung als Sonderinstitut konseriert. Die Angestellten müssen die Kosten für diese politische Absicherung der Angestellten von den Arbeitern tragen. Bei der Beurteilung des Arbeitsnachweises gesehen haben die bürgerlichen Parteien das im volkswirtschaftlichen Interesse nötige Monopol einer zentralen öffentlich-rechtlichen Stellenvermittlung verhindert, dagegen die private Vermittlung der Unternehmer und die gewerbsmäßige Stellenvermittlung als Waffe der Schärfmacher gegen die Angestellten neu geschmiedet. Die bürgerlichen Angestelltenvertreter haben dabei nicht geahnt, sogar die Chiffrenräte gegen ihre eigenen Berufe genutzt gefälscht zu verfehlern.

Sie haben die Hand dazu geboten, daß in Verbindung mit der Gewerkschaften für soziale den arbeitslosen Angestellten eine unerträgliche Arbeitslosigkeit auferlegt werden konnte. Es wird heute in der Wohlfahrtspolitik verschwiegen, daß die bürgerlichen Arbeitnehmervertreter im alten Reichstag von ihren kapitalistisch eingestellten Parteiführern gezwungen worden waren, bei den Abstimmungen im Plenum

immer wieder gegen die geringsten im sozialpolitischen Ausschuß erzielten Verbesserungen zu stimmen. Die Verbesserungsanträge der Thiel, Lambeck, Etzel, Winnfeld, Andree u. v. wurden aus agitatorischen Gründen im Ausschuß gestellt und den Angestellten draußen bekanntgegeben. Im entscheidenden Augenblick wurden sie im Plenum wieder aufgehoben, ohne den Unfall den Wählern in Angestelltenkreisen mitzuteilen.

Die Vertreter der christlichen und katholisch-konservativen Gewerkschaften vereinigten sich Anfang 1923 im Reichsviertelschaft mit der Arbeitgeberabstimmung, um gegen die Stimmen der freien Gewerkschaften einen Arbeitszeitgesetz einzutragen anzutreten, der den Arbeitstag zur Ausnahme, die zumindest die Arbeit zu Regel machen sollte. Der christliche Arbeitsminister Braun hat dann unter Nichtachtung aller sozialdemokratischen Anträge am 17. November 1923 die Demobilisierungsverordnungen über den Arbeitstag oblaufen lassen, ohne vorher den Reichstag mit der Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes zu berufen. Er hat damals bewußt einen gefälschten Zustand eintreten lassen, um so seine verhängnisvolle Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 erlassen zu können. Noch am 22. November 1923 beantragten die Sozialdemokraten im Reichstaghausausschuß, erneut die Demobilisierungsverordnung bis zur Schaffung eines Gesetzes wieder in Kraft zu setzen. Am 8. Dezember 1923 stimmte die Mehrheit den sozialdemokratischen Antrag nieder. So haben sich alle bürgerlichen Parteien für den Zehnertag entschieden.

Das organisierte Unternehmertum hofft, im neuen Reichstag das Werk der Reaktion vollenden zu können. Der letzte bedrohliche Zug zur Sicherung der Tarifverträge der Angestellten und das Sollziehungswochen soll durch die „freie Wirtschaft“ ersezt werden. Der einzelne Angestellte soll wieder ohnmächtig in der Gehaltsverhandlung mit seinem Arbeitgeber sein.

Deshalb liegt es an den Angestellten, am 4. Mai die politische Konsequenz aus ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage zu ziehen. Nur wenn sich die Angestellten auch politisch mit den übrigen arbeitenden Bevölkerung in der Sozialdemokratie vereinigen, können sie politische Macht entfalten. Der Reichstag muß aufzeigen, der Nationalen, daß für die kapitalistische Ausbeutung der Angestellten zu bleiben. Die bürgerlichen Parteien brauchen keine die Stimmen der Angestellten; sie leben in ihrer Presse die tollpatschigen „Angestelltenvertreter“ aus dem alten Reichstag und denken bei sich:

„Die Strafe werden nie geahnt.
Das ist der Trost der Wölfe!“

Gest ihnen am 4. Mai die Antwort, wählt die Partei der Arbeiter und Handarbeiter, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei!

Der sozialistische Maintag

Die Veranstaltungen in Berlin

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Die Polizei in Berlin unterschied sich in diesem Jahre von ihren Vorgängern dadurch, daß infolge des Verbots von Versammlungen unter freiem Himmel sich die Versammlungen der feiernden Arbeiterschaft in geschlossenen Räumen vollzogen. Der Verlust war den Gewerkschaften der Großstadt entweder vollkommen entzweit worden. Aufgrund dessen hat das Bild der Stadt nicht den Eindruck der Arbeitsruhe, wie in den vergangenen Jahren. Auffallend war jedoch der geringe Andrang in den Stadtvielen.

Die Gewerkschaften hatten für den Vormittag in die ersten Säle Berlins 22 Versammlungen, nach gewerkschaftlichen Verbänden getrennt, einberufen, die alle einen sehr harten Feind aufwiesen. Sowohl die bürgerliche Presse muß ihn als „norm“ bezeichnen. Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei wiesen auf die Bedeutung des Tages hin, wobei sie insbesondere seinen Charakter als Kampftag zur Aufrechterhaltung des heiligen untrütbaren Arbeitertages unterstrichen. Die Kommunisten hatten eigene Versammlungen angepeilt, deren Ruf auf den eigenen Erwartungen nicht eintrat. Kämpfliche Versuche, die gewerkschaftlichen Versammlungen zu stören und zu sprengen, wurden durch den Saalbau im Rehberge erstickt.

Die Kommunisten hatten die Parole ausgegeben, noch iden. Versammlungen, dem polizeilichen Verbot zum Trotz, einzugehen, um Leidzonen zu ziehen und sich dort zu einer artischen Demonstration zusammenzufinden. Eine Warnung des Polizeipräsidiums hatte jedoch sehr ernsthaft gewirkt. Wohl kam es in den Außenbezirken und Arbeitervierteln zu Angriffen und einigen kleinen Rügen, aber nicht zu bemerkenswerten Zwischenfällen. Als ich gegen Mittag aus den einzelnen Aufgängen eine größere Menschenmenge Neugieriger im Aufgang angestellt hatte, räumte die Polizei trotzdem Lustorten wie Schloßplatz, sperrte die ganze Gegend ab und ließ sie nur noch für den Fahrradverkehr frei. Das Aufgebot an Polizei war zweifellos viel zu groß und mancherorts auch mit unangebrachtem Gewalt verbunden. Trotzdem kam es nirgends zu ernstren Zwischenfällen.

Am Abend veranstaltete die Sozialdemokratische Partei in Groß-Berlin 50 größte Maifeire, die bei sehr feierlichem Gefüge einen festlichen Verlauf nahmen. Unter den fest-

Eine Botschaft Macdonalds

An die Arbeiter der Welt!

London, 1. Mai. (Eig. Druckb.) Macdonald richtete zum

1. Mai folgenden Brief an die Arbeiter der Welt:

„Der 1. Mai bringt der ganzen Welt jedes Jahr die Hoffnung und die Solidarität. Heute trägt die Welt einen neuen Klang der Verheißung. Der 1. Mai ruft die Völker aller Länder auf, sich zu einem und sich zu treuen, daß die Menschheit lebt. Auch dieser 1. Mai findet noch immer nah und fern Millionen in Angst, Unterdrückung und Angst, angst aber bringt es die Erkenntnis, daß gleich wie die erstickte Erde aufbricht und sich öffnet, so in aller Welt die alte schlechte Ordnung des Machtens, Hasses, der Zwietracht im Kampf steht mit der neuen Ordnung der Arbeit und Gemeinschaft. Die Lehre des Sozialismus lädt die Völker erkennen, daß nur ihre Zusammenarbeit die Welt reicher und schöner machen kann. Hierzualone hat die Arbeiterschaft die Aufgabe der Regelung übernommen und ist trocken Schwierigkeiten am Werk, der Freiheit und Frieden und menschlichen Welt Friede und Sicherheit zu bringen. Überall kommen die freien Männer zu ihrem Recht. Die Sache der Arbeiterschaft macht sie fort. Die englische Arbeiterschaft sendet ihren Freunden und Genossen in allen Welt brüderliche Grüße. Sie hofft, daß das, was sie in ihrem Lande tut, die Arbeiter anderer Länder ermutigen möge, und daß die Zeit nicht leer ist, in der die Mächte der Unterdrückung und der Diktatur den Kräften der Demokratie und der Freiheit überall Platz machen müssen.“ Macdonald.“

Reparations-Verhandlungen

Paris, 1. Mai. (Eig. Druckb.) Die Reparationskommission hat die von ihr zu ernennenden Mitglieder der verschiedenen vorgezogenen Organisationen ernannt, und zwar für die Eisenbahnen und die vom Komitee Dawes empfohlenen Spezialitäten Nordost, Nordwest, Südwest, und für die hypothetische Belastung der Industrien den Präsidenten der Handelskammer Lille, Vanbelle, Deshayes und den italienischen Industriellen Prelli. Die Organisationen sind noch durch je ein neutrales Mitglied zu ergänzen, deren Wahl den vier von der deutschen Regierung und der Reparationskommission ernannten Delegierten oder, falls diese sich darüber nicht zu einigen vermögen, ebenfalls der Reparationskommission überlassen ist.

London, 1. Mai. (Eig. Druckb.) Die belgischen Minister Thévenis und Simonis sind in London eingetroffen. Sie werden am Freitag Macdonald ihre Aufwartung machen und dabei die allgemeinen Angelegenheiten der Reparationsfrage und der Durchführung der Schadensabfindungen besprechen. Das ist das erste Mal seit dem Friedensschluß, daß britische und belgische Minister in persönlichen Gedanken austauschen werden.

Amsterdam, 1. Mai. (Eig. Druckb.) Wie an der bisherigen Warte verlautet, werden noch Ende der Woche, spätestens in der nächsten Woche, Verhandlungen zwischen Morgan und De Groot über die Reparationsanleihe stattfinden. Die Gespräche sollen unter Teilnahme des Präsidenten der Bank von England, Norman, und des Präsidenten der Niederländischen Bank, Vissering, erfolgen.

reden wir sprechen auf Berliner Arbeiterschaft auch die beiden Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Renner und Otto Bauer.

Internationale Bedeutung des 4. Mai

Genau Renner aus Wien führte unter anderm aus: Wir österreichischen Sozialdemokraten haben mehr als 50 Jahre in fröhlicher Verbindung mit der deutschen Sozialdemokratie gestanden. Daher gibt es keinen österreichischen Arbeiter, der sich heute nicht fragt, was wird am 4. Mai in Deutschland geschehen. Wir Österreicher haben uns Reaktion mit Erfolg in unsern Städten zum genommen. Aber sie wartet jetzt auf den Sieg der Reaktion in Deutschland. Der 4. Mai und der Sonntag darauf sind nicht für Österreich, sondern für ganz Europa Schicksalsstage. An diesen Tagen entscheidet sich, ob Europa endlich der lichteren Zeit des Friedens, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, der steigenden Wohlsein aller Völker entgegenzieht, oder ob wiederum ein Krieg Europa in Flammen und Tränen tanzen soll.

Überall steht die Reaktion gegenwärtig ihr Haupt. In Deutschland erleben Sie einen wahren Feierabend. Aber schon sehen wir eine Wende der Zeit. Allmählich kommt die Bevölkerung Europas zur Besinnung. Doch ist zwar Frankreich eingestellt auf Militarismus, Spanien und Andeutung des Sieges. Aber in England hat die Arbeiterpartei die Regelung ergreift und hofft hat sich das Bild Europas gewandelt. Die englische Arbeiterschaft wartet darauf, wie Deutschland, wie Frankreich auf ihren Sieg antworten werden. Diese drei Mächte entscheiden daher auch über den künftigen Verlauf der englischen Arbeiterschaft, als Minderheit die Reaktion zu ergehen, um der Welt den Frieden zu geben. In Dänemark ist Stauning, Ministerpräsident geworden. In Belgien emporen sich die Männer gegen die Geiselnahme Poincarés. Auch in Frankreich erwürgt sich die Geister. Lassen Sie zu, daß in Deutschland die Reaktion zur Herrschaft kommt, dann wird das französische Volk nationalistisch antworten und die Stimmen Englands werden unbedingt verfehlten. Die deutsche Arbeiterschaft muß daher guten Willen und entschlossen am Sonntag zum Kampf gehen, der ein Kampf ist für die Arbeiterschaft aller Völker.

Die Feier im Reiche

Aus vielen Städten und Orten liegen Meldungen vor, die den guten Verlauf und den körten Besuch der Veranstaltungen be-